

Jahres-Bericht

des

Freien Maschinisten- und Heizer-Bundes Deutschlands Sitz Chemnitz über das Jahr 1910.

Im Nachstehenden erstattet hiermit der Bundesvorstand Bericht über seine Tätigkeit im abgelaufenen 22. Geschäftsjahr und soll zugleich in Erinnerung gebracht werden, daß das vergangene Jahr sehr arbeitsreich gewesen ist und dasselbe für unser Bundesleben äußerst wichtige Momente zutage gefördert hat. Die auf dem Dresdener Delegiertentag gefaßten Beschlüsse sind nunmehr alle zur Ausführung gelangt. Da nun die Ausarbeitung der Änderungen der Satzungen dieses Mal der Verwaltung allein überlassen wurden, so mußte dieselbe eine rege Tätigkeit entfalten, um diese Aufgabe der im Oktober stattgefundenen Gesamtvorstandssitzung zur Begutachtung vorlegen zu können, welche von dieser dann auch mit wenig wesentlichen Abänderungen gutgeheißen wurde. Da auch die hiesige Behörde an den Änderungen unserer Statuten nichts einzuwenden hatte, gelangten dieselben vor Jahreschluß zur Ausgabe. Es sei noch zu bemerken, daß sich zur Erledigung der laufenden Bundesgeschäfte sich 50 Abendstimmungen des engeren Vorstandes und 2 Gesamtvorstandssitzungen nötig machten, ohne die von den Revisoren vorgenommenen Bücher- und Kassenrevisionen. In der Zusammensetzung des Gesamtvorstandes ist durch die Wahlen des Dresdener Delegiertentages insofern eine Veränderung eingetreten, als an Stelle unseres seit Gründung des Bundes als 1. Bundesvorsitzenden fungierenden Kollegen Julius Emmerich, welcher infolge schwerer Erkrankung sein Amt niederlegen mußte, Kollege Max Kramer, und zwar als fest angestellter Vorsitzender gewählt wurde. An Stelle des zweiten Vorsitzenden Kollegen Robert Krauke, welcher aus Geschäftsgründen eine Wiederwahl dankend ablehnte, wurde Kollege Moritz Hille-Dresden gewählt. Für den auf dem Delegiertentag wiedergewählten 1. Schriftführer, Kollegen Oswald Rödel machte sich infolge Wegzugs von Chemnitz eine neue Wahl nötig und wurde der 2. Schriftführer, Kollege Paul Pfau in der Gesamtvorstandssitzung als 1. und Kollege Bruno Mehlhorn als 2. Schriftführer neu gewählt.

Als Beisitzer wurden Annaberg, Riesa und Zwickau, als Revisoren Leipzig und Rößwein neu gewählt. Da die Erledigung der Rechtsschutzangelegenheiten dem Bundesvorsitzenden mit übertragen wurde, so schied auch der seitherige Rechtsschutzführer Kollege Julian Kralapp aus seinem Amte aus. Der aus ihren Aemtern geschiedenen Kollegen J. Emmerich, R. Krauke, O. Rödel und J. Kralapp sowie den Vereinen Döbeln, Gera, Glauchau, Zwickau und Großenhain sei auch an dieser Stelle dankend gedacht. Ferner soll auch dankend des Kollegen Julius Sacher gedacht werden, welcher während der Erkrankung des Kollegen Julius Emmerich bereitwilligst dessen Funktion vertrat. Auch ist im Berichtsjahr der Bund seinen Verpflichtungen seinen Mitgliedern gegenüber in jeder Weise nachgekommen. Die Beerdigungsbeihilfen erforderten eine Ausgabe von 13 185 Mark (im Jahre 1909 eine solche von 11 090 Mark). Durch Tod verlor der Bund 55 Mitglieder, 48 Mitgliedsfrauen, 14 Witwen. Dieser Dahingegangenen sei auch an dieser Stelle ehrend gedacht. Seit Einführung der Beerdigungsbeihilfe im Bunde hatten wir 1493 Sterbefälle zu verzeichnen, wofür insgesamt die Summe von 122 785 Mark ausgezahlt wurde.

Auch die Stellenlosenbeihilfe hat im Berichtsjahr so manchen davon Betroffenen vor der äußersten Not bewahrt. Fiel doch in das Berichtsjahr die große Bauarbeiterausperrung, wo auch so viele Kollegen unserer Vereinigung davon betroffen wurden, und hat der Bund aufs neue bewiesen, daß wir unseren gegebenen Versprechen voll und ganz nachzukommen in der Lage sind, denn auch wir haben bei dieser Bewegung vom Tage der Meldung an bis zur Beendigung einem jeden davon betroffenen Kollegen die ihm zustehende Unterstützung ungeschmälert ausgezahlt. Insgesamt zahlten wir im Jahre 1910 in 269 Fällen die Summe von 10 130 Mark an stellenlose und in Streit geratene Mitglieder aus.

An Umzugsbeihilfe, die durch Stellenlosigkeit oder durch Verbesserung der Stellung in wirtschaftlicher Beziehung einen Wechsel des Wohnortes notwendig machte, erforderte im Berichtsjahr eine Ausgabe von 1698 Mark.

Rechtsstreitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis sowie auf Grund der Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungsgesetze wurden im Berichtsjahr je nach Lage der Streitobjekte mit mehr oder weniger Erfolg durchgeführt. Die Fälle, welche aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis entstanden, betragen 11. So weit es sich um einbehaltenen Lohn handelte, konnte einem Kollegen mit Hilfe des Gerichts durch Heranziehung eines Rechtsanwalts zu seiner Forderung verholfen werden. In den anderen Fällen wurden durch Raterteilung den Kollegen die Schritte bekannt gegeben, welche sie einzuschlagen haben, um zu ihren Rechten zu gelangen, und hatten dieselben auch auf diesem Wege ohne gerichtliche Hilfe positiven Erfolg. Zweimal mußte über Lohnforderungen von einer in Konkurs geratenen Firma Gutachten vom Rechtsanwalt eingeholt werden. In einem Falle wurde der Klageweg gegen eine Privatunfallversicherung eingeleitet und mit Erfolg durchgeführt. In Sachen des Unfallversicherungsgesetzes wurden 11 schriftliche Raterteilungen gegeben, ein Schreiben fertig, um Beschleunigung des Verfahrens zur Festsetzung der Unfallrente, zwei Schreiben zur Erlangung der Hinterbliebenenrente, zehn Berufungsschriften an Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, zwei Rekurschriften an das Landesversicherungsamt Dresden und 18 Rekurschriften an das Reichsversicherungsamt Berlin. Um den Klageweg zur Erlangung seines Vereinsvermögens und Inventars beschreiten zu können, wurde einem Verein ein Vorschuß bewilligt und wurde seitens des Gerichts zu Gunsten des klagenden Vereins entschieden.

Wenn auch in all den hier angeführten Fällen der erwünschte Erfolg nicht immer erreicht wurde, so hat der Bund jedenfalls bewiesen, daß er bestrebt war, nach jeder Richtung hin seinen Mitgliedern behilflich zu sein, ihre Rechte zu erlangen. Daraus erhoffen wir, daß auch in Zukunft der Rechtsschutz dazu beitragen möge, daß unser Bund weiter vorwärts schreite zum Nutzen seiner Mitglieder.

Im Vordergrund unserer Unterstützungseinrichtungen steht die auf dem Dresdener Delegiertentag angenommene und am 1. Januar 1911 in Kraft getretene Krankenbeihilfe. Durch diese Neueinführung hat der Bund aufs neue bewiesen, daß es